

Referat von Finanzverwalterin Yvonne Reichlin

Ich analysiere im Folgenden das Budget 2006 und beginne mit der Entwicklung der Aufwendungen (**Folie 13**). Im Vergleich zum Budget 2005 sind auf der Aufwandseite folgende Haupteinflüsse erkennbar:

- Der **Personalaufwand** nimmt gegenüber dem Budget 2005 um 2.5 Prozent oder 22 Mio. Franken zu. Darin ist ein Teuerungsausgleich von 0.5 Prozent enthalten, was 8 Mio. Franken ausmacht. Das Personal verzichtet im Rahmen von GAP auf 0.5 Prozentpunkte Teuerung. Der Erfahrungsstufenanstieg beansprucht 9 Mio. Franken. Die restliche Erhöhung von 5 Mio. Franken geht auf einen Stellenausbau zurück. In folgenden Bereichen werden Stellen geschaffen (**Folie 14**):

- Im Bereich der Verwaltung: 3.7 Stellen
- Beim Kantonsgericht: 9.1 Stellen
- Beim KIGA (arbeitsmarktliche Massnahmen): 22.2 Stellen
- Im Bereich der Lehrkräfte: 42 Vollpensen

Der Stellenausbau beim KIGA ist durch den Bund refinanziert. Der Stellenausbau beim Kantonsgericht und bei den Lehrkräften ist durch den Regierungsrat nicht direkt beeinflussbar. Mit einem Zuwachs von lediglich 3.7 Vollstellen wird die parlamentarische Vorgabe nach einem Stellenstopp im Budget 2006 als erfüllt betrachtet.

- Der **Sachaufwand** weist eine Zunahme von 8.5 Mio. Franken oder 3.1 Prozent auf. Diese Aufwandsteigerung ist auf einmalige grössere Vorhaben im Informatikbereich zurückzuführen: die Evaluation eines HR-Systems, die Intensivierung der Nutzung des Geografischen Informationssystems (GIS), die Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle und die Ablösung der EDV-Lösung für die Motorfahrzeugkontrolle. Diese Projekte machen insgesamt einen Betrag von 5.9 Mio. Franken aus.

Es nehmen aber auch Sachaufwandpositionen zu, die ganz oder zu einem grossen Teil refinanziert sind. Dazu gehören der Aufwand für den Treibstoff und der Sachaufwand für medizintechnisches Material in den Spitälern.

Aufgrund dieser Ausgangslage erachtet der Regierungsrat die Anliegen der Motion, wonach der Sachaufwand gegenüber dem Budget 2005 nicht zunehmen soll, als erfüllt.

- Der Aufwand für **Passivzinsen** nimmt um 4.2 Mio. Franken oder 10.3 Prozent ab.
- Die **Abschreibungen** sinken um 17.4 Mio. Franken oder 11.2 Prozent. Dies ist auf den Praxiswechsel bei der Verbuchung der Investitionsbeiträge zurückzuführen. Diese werden im Budget neu in der Laufenden Rechnung verbucht.
- Die Zunahme bei den **Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung** von 6.3 Mio. Franken entspricht der Erhöhung des ungebundenen Finanzausgleichs.
- Die **Eigenen laufenden Beiträgen** steigen um 66.5 Mio. Franken oder 8.3 Prozent. Davon gehen 52.4 Mio. Franken auf die neu in der Laufenden Rechnung budgetierten Investitionsbeiträge zurück. Grosse Zunahmen weisen die Kantonsbeiträge an die AHV / IV (2.1 Mio. Franken), an die Ergänzungsleistungen zur AHV / IV (5 Mio. Franken), an die Fachhochschule Nordwestschweiz (10.3 Mio. Franken) und an die Universität Basel (2.6 Mio. Franken) sowie die Anschubfinanzierung des ETH-Institutes für Systembiologie (1.5 Mio. Franken) auf. Bei den Beiträgen für die Prämienverbilligung resultiert eine Abnahme von 12 Mio. Franken, dabei handelt es sich um eine GAP-Massnahme.
- Die **Einlagen in Spezialfinanzierung** beinhalten die Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (17.5 Mio. Franken).

Zu Folie 15 (Steuererträge):

- Bei den **Steuern** erwarten wir Mehreinnahmen im Umfang von 59.8 Mio. Franken oder 4.6 Prozent, wovon 33 Mio. Franken auf die Einkommenssteuer der natürlichen Personen fallen. Darin enthalten sind die Mehrerträge aus der Einführung der Lohnmeldepflicht im Umfang von 15 Mio. Franken. Zudem schlägt sich die befristete Erhöhung der Verkehrssteuer mit einem zusätzlichen Ertrag von 18 Mio. Franken nieder.

- Ausser bei der Grundstückgewinnsteuer, wo aufgrund des Verlaufs im Jahr 2005 ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr erwartet wird, ist bei allen Steuern eine leichte Zunahme zu erwarten.

Zu Folie 16 (Erträge):

- Die Erträge aus **Regalien und Konzessionen** nehmen um 7 Mio. Franken ab, da der aufgrund der Zusatzvereinbarung ausgerichtete Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank mit der Ausschüttung der freien Goldreserven wegfällt.
- Die **Vermögenserträge** nehmen um 14.8 Mio. Franken zu. Diese Zunahme ist das Ergebnis eines höheren Gewinns der Basellandschaftlichen Kantonalbank (+ 1 Mio. Franken). Zudem fällt die Abgeltung für die Staatsgarantie für die KB BL zum ersten Mal an (3.5 Mio. Franken). Weiter sind der Ertrag aus der Anlage der ausgeschütteten Goldreserven (5.3 Mio. Franken) und die Einnahmen aus der Dividendenausschüttung für die Kantonalbank-Zertifikate im Portefeuille des Kantons berücksichtigt.
- Bei den **Entgelten** wird ein Wachstum von 19.8 Mio. Franken oder 4.6 Prozent erwartet. Dieses Wachstum geht vor allem auf die Pflögetaxen (+ 6.1 Mio. Franken) und auf Erträge aus Arzthonoraren (+ 7.8 Mio. Franken) zurück. Die Bussen nehmen moderat um 2 Mio. Franken aufgrund der vorgesehenen Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle zu. Bei den Gebühren für Amtshandlungen werden Mehrerträge im Umfang von 2.5 Mio. Franken erwartet.
- Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** steigen um 17.2 Mio. Franken oder 16.2 Prozent. Dies ist zur Hauptsache auf die Zunahme des Anteils an der direkten Bundessteuer zurückzuführen.
- Bei den **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen** wird eine Zunahme von 6.4 Mio. Franken oder 10.9 Prozent budgetiert (Rückerstattung des Bundes für die Arbeitslosenkasse (+ 1.9 Mio. Franken), Rückerstattungen von anderen Kantonen an die Gymnasien (+ 2 Mio. Franken) sowie Rückerstattung der vom Volk abgelehnten Rückerstattung von Gemeinden für den Schulpsychologien Dienst (1.3 Mio. Franken)).
- Die **Laufenden Beiträge für eigene Rechnung** wachsen um 3.7 Mio. Franken oder 1.3 Prozent. Die Bundesbeiträge für Prämienverbilligungen

fallen um 7.2 Mio. Franken tiefer aus. Diese Abnahme wird kompensiert durch zahlreiche Zunahmen (unter anderem die Rückerstattung der kalkulatorischen Mietkosten durch die FHNW).

Im Folgenden mache ich noch einige Angaben zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt (**Folie 17**): Der Kanton Basel-Landschaft wendet im Budget 2006 8.7 Prozent des Laufenden Haushalts auf für die Abgeltung von Leistungen, die in der Stadt Basel erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (wie zum Beispiel das UKBB).

Bei den **Abgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Kultur. Die Nettoabgeltungen an den Kanton Basel-Stadt nehmen um rund 10 Mio. Franken zu. Dies in den Bereichen Universität (3.8 Mio. Franken), Gesundheit (2.5 Mio. Franken) und Volkswirtschaft und Umwelt (2.7 Mio. Franken).

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** nehmen um 35.5 Mio. Franken ab, da die Beiträge an die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit und die Fachhochschule beider Basel neu in die Fachhochschule Nordwestschweiz fliessen.

Für die Schlusswürdigung des Budgets 2006 gebe ich das Wort nun wieder an den Finanzdirektor zurück.